

Eine aktuelle Analyse des Konflikts zwischen Indien und Pakistan

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 7

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905589>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine aktuelle Analyse des Konflikts zwischen Indien und Pakistan

Dieser Beitrag untersucht das Konfliktpotenzial des Kaschmir-Konflikts, der von Indien und Pakistan ausgetragen wird. Danach wird das Eskalationspotenzial der Tötung durch indische Streitkräfte, des Anführers der grössten muslimischen Rebellengruppe, Riyaz Naikoo, im Mai 2020 analysiert. Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz in Indien stellt eine Diskriminierung von indischen Muslimen dar und führt zu Spannungen zwischen Hindus und Muslimen in Indien.

Stefan Goertz

Indien und Pakistan haben seit ihrer Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft im Jahr 1947 drei Kriege gegeneinander geführt, zwei davon um die geteilte Region Kaschmir. Beide Atommächte beherrschen jeweils einen Teil von Kaschmir, ein weiterer Teil gehört zu China. Im August 2019 entzog Indien der indischen Kaschmir-Region den Autonomiestatus und erhöhte damit die Spannungen im Verhältnis zu Pakistan schlagartig. Indien und Pakistan weigern sich bis heute, dem Atomwaffensperrvertrag von 1970 beizutreten. In Kaschmir geht es um geostrategische Interessen Indiens und Pakistans. In dem hoch militarisierten Gebiet, in dem laut inoffiziellen Schätzungen mehr als 300 000 Soldaten, Paramilitärs und Polizisten stationiert sind, prallen seit 1989 immer wieder muslimische Separatisten mit indischen Sicherheitskräften zusammen. Erst im Juli 2019 hatte der Führer der Al-Qaida, Aiman Al Zawahiri, Islamisten zu Terroranschlägen im indischen Teil Kaschmirs aufgerufen. Seit Jahrzehnten kommt es in Kaschmir zu blutigen Zusammenstössen und Anschlägen, bei denen schon über 70 000 Menschen getötet wurden, darunter zahlreiche Zivilisten.¹

Das Konfliktpotenzial des Kaschmir-Konflikts – der älteste Konflikt der modernen Staatenwelt

Kaschmir, die Region im Himalaya, ist seit 1947 ein Pulverfass und seither kam es zwischen den beiden Atommächten Indien und Pakistan immer wieder zu Konflikten und Gefechten. Der Kaschmir-Konflikt ist der älteste Konflikt der mo-



Der Kaschmir-Konflikt.

deren Staatenwelt. Im letzten Jahr wiederum weitete sich der Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan aus, nachdem die indische Regierung dem von ihr kontrollierten Bundesstaat Jammu und Kaschmir im Sommer 2019 den Sonderstatus entzogen hatte. Pakistan versteht sich als Schutzmacht der Muslime in Kaschmir und beansprucht – wie Indien auch – ganz Kaschmir für sich.² Kaschmir grenzt an Indien, Pakistan, Afghanistan und China. Seit der Aufspaltung Britisch-Indiens befindet sich der südliche Teil des Gebiets als Bundesstaat Jammu und Kaschmir unter indischer Kontrolle. Im von Pakistan verwalteten Nordwesten wiederum befinden sich die autonome Teilregion Azad Kaschmir und das Sonderterritorium Gilgit-Baltistan. Die Hochlandregion Aksai Chin nordöst-

lich von Kaschmir ist von China besetzt.³

Die aktuelle Eskalation der Kaschmir-Frage dient dem indischen Ministerpräsidenten Narendra Modi dazu, seine Vorstellung eines hindu-nationalistischen Indiens zu verwirklichen. Der Grossteil der Bevölkerung in Kaschmir ist noch immer muslimisch und Indien befürchtet pakistanischen Einfluss auf Kaschmir. Als Gegenmassnahme will die indische Regierung den Bundesstaat Jammu und Kaschmir umorganisieren und der indischen Zentralregierung unterstellen. Der erste Schritt dazu war, dem Bundesstaat den bislang in der Verfassung festgeschriebenen Sonderstatus zu entziehen. Der per Dekret gestrichene Artikel 370 garantierte dem indischen Teil Kaschmirs bislang

unter anderem eine eigene Verfassung, eine eigene Flagge und weitreichende Autonomierechte.⁴

Anhänger der hindu-nationalistischen Regierungspartei Bharatiya Janata Party (BJP) feierten den Entzug der Autonomierechte als offizielle Eingliederung Kaschmirs in die indische Union.⁵ Der Grund dafür waren alte Wahlversprechen der hindu-nationalistischen BJP, die seit 2014 den indischen Premierminister, Narendra Modi, stellt. Modi war im Frühjahr 2019 mit grosser Mehrheit für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden. Die BJP hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie den Sonderstatus für einen historischen Irrtum hält und das korrigieren wolle. Die indische Regierung rechtfertigte die Streichung der Autonomierechte mit dem Argument des islamistischen Terrorismus. Indien wirft Pakistan seit Jahren vor, islamistisch-terroristische Kämpfer im indischen Teil Kaschmirs zu unterstützen, die pakistanische Regierung bestreitet dies wiederum. Die indischen Sicherheitsbehörden erklärten, es habe Ende Juli 2019 Hinweise auf einen Anschlag von pakistanischen Terroristen gegeben. Gleichzeitig stockte Indien seine Sicherheitskräfte im indischen Teil Kaschmirs massiv auf und kappte Telefonnetze, Internetverbindungen und das Fernsehen.⁶

Warnungen vor einem «Blutbad» in Kaschmir

Im Herbst 2019 warnte Pakistans Ministerpräsident Imran Khan vor der UNO-Vollversammlung vor einem «Blutbad» in Kaschmir und einem Atomkrieg zwischen Pakistan und Indien. Als Konsequenz forderte der pakistanische Ministerpräsident die UNO wiederholt zu einem Eingreifen im Kaschmir-Konflikt auf, andernfalls sei ein Krieg zwischen den Atommächten Pakistan und Indien wahrscheinlich. Als politisches Ziel nannte der pakistanische Ministerpräsident die Wiederherstellung des Autonomiestatus Kaschmirs.⁷ Der pakistanische Ministerpräsident verglich den Kaschmir-Konflikt mit dem Münchner Abkommen 1938, als das nationalsozialistische Deutschland im Zuge der Appeasement-Politik einen Teil der Tschechoslowakei zugesprochen bekam: «Ich fühle mich, als wären wir wieder im Jahr 1938», sagte Khan. «Jetzt ist nicht die Zeit, zu besänftigen wie damals. Jetzt ist Zeit zum Handeln.» Khan warf der UNO vor, bis dahin nicht gehandelt zu haben, weil der grosse indische Wirtschaftsmarkt ihr wich-



Indische Soldaten patrouillieren in Kaschmir. Bilder und Karte: wikimedia commons

tiger sei als die Menschen in Kaschmir.⁸ Weiter führte Khan aus: «Es ist eine der entscheidendsten Zeiten. Es wird eine Reaktion geben, dann wird Pakistan verantwortlich gemacht werden und dann werden sich zwei Atommächte gegenüberstehen.» Bei einem Krieg zwischen Indien und Pakistan könne «alles passieren», erklärte Khan. «Wenn ein Land mit Atomwaffen bis zum Ende kämpft, hat das Konsequenzen, die weit über seine Grenzen hinausgehen.»⁹

Nach Angaben der indischen Regierung hat Pakistan alleine im Herbst 2019 über 2050 Mal gegen die Waffenruhe an der Grenze der umstrittenen Kaschmir-Region verstossen. So sprach das indische Aussenministerium von «anlasslosen Waffenruhe-Verletzungen» durch Pakistan an der sogenannten Kontrolllinie vor, die Kaschmir in eine pakistanisch und eine indisch kontrollierte Zone teilt. Dabei seien mindestens 21 Inder getötet worden. «Wir verdeutlichen unsere Bedenken angesichts der nicht provozierten Waffenruhe-Verletzungen durch pakistanische Truppen», sagte der indische Ministeriumssprecher Raveesh Kumar. Dazu zählten auch deren «Unterstützung von grenzüberschreitender Terroristen-Infiltrierung und das Zielen auf indische Zivilisten und Grenzposten».¹⁰

Eskalationsspirale im Mai 2020

Anfang Mai 2020 töteten die indischen Streitkräfte im indischen Teil der umkämpften Region Kaschmir den Führer der grössten militanten muslimischen Rebellen-Gruppe, Riyaz Naikoo. Dieser war der Chef der «Hizbul Mujahideen», der grössten militanten muslimischen Sepa-

ratistengruppe im indischen Teil Kaschmirs, die für die Unabhängigkeit von Indien kämpft. Aus Angst vor Protesten und Gewalt in Folge der Todesnachricht sperrten die indischen Behörden daraufhin das Internet in Kaschmir. Als hunderte Muslime versuchten, in Naikoos Heimatdorf zu gelangen, kam es zu Zusammenstössen mit der Polizei. Naikoo war nach dem Tod seines Vorgängers Burhan Wani im Jahr 2016 an die Spitze der Gruppe aufgerückt. Wanis Tod hatte damals heftige Unruhen ausgelöst, mehr als hundert Menschen starben.¹¹ Seit Anfang Mai häuften sich die Grenzzwischenfälle zwischen Indien und Pakistan signifikant und nach pakistanischen Angaben wurden Dutzende Muslime von indischen Soldaten getötet.

Mitte Mai schoss die pakistanische Armee nach eigenen Angaben eine indische Aufklärungsdrohne in der Grenzregion Kaschmir ab, nachdem sie in den pakistanischen Teil Kaschmirs eingedrungen war. Pakistanische Kampffjets schossen sie ab, weil sie nach pakistanischen Angaben ein Abkommen Indiens und Pakistans über den Luftraum verletzt habe.¹²

Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz in Indien – Diskriminierung von Muslimen

Nach dem indischen Staatsbürgerschaftsgesetz dient die Religionszugehörigkeit erstmals als Kriterium, um festzulegen, wer Inder werden darf. Im März 2020 liess die indische Regierung den Stadtteil Shaheen Bagh-Neu Delhi von 5000 Soldaten räumen. Bis dahin hatten dort monatelang muslimische Künstler, Studenten und Intellektuelle, unter ihnen vor allem Frauen, gegen das neue indische Staatsbürgerschaftsgesetz demonstriert.¹³ Für indische Muslime ist das neue Staatsbürgerschaftsgesetz eine logische Konse-



Im Mai schoss die pakistanische Air Force eine indische Drohne ab.

aggressiven Militärgespionage-Inter-Service Intelligence (ISI) stünde – ist ein Schreckensszenario für Indien. Abschliessend bleibt festzuhalten, dass der Kaschmir-Konflikt seit dem Sommer 2019 eine

neue Eskalationsstufe erreicht hat und sich in den nächsten Monaten intensivieren und perpetuieren kann. Die Folgen dieses Konfliktes haben sowohl Einfluss auf die innere Sicherheit Indiens, in Form von interreligiösen Spannungen zwischen Hindus und Muslimen, als auch Einfluss auf die äussere Sicherheit Indiens und Pakistans. ■

quenz der Politik, die die indische Regierung seit Jahren verfolgt. Mit 14% der Bevölkerung ist der Islam in Indien die zweitgrösste Glaubensrichtung. Das NRC, das «National Register of Citizens», ist das neue Staatsbürgerschaftsregister des indischen Bundesstaates Assam, das Ende 2019 veröffentlicht wurde. In ihm sind die Einwohner erfasst, die nachweisen können, Inder zu sein. Dafür müssen sie oder ihre Eltern vor dem 26. März 1971 nach Assam gezogen sein, dem Tag vor der Unabhängigkeitserklärung des benachbarten Bangladeschs von Pakistan.¹⁴ Der CAA wiederum, der «Citizenship Amendment Act», soll Hindus, die in den islamischen Nachbarländern Pakistan, Bangladesch und Afghanistan aus religiösen Gründen verfolgt werden, die indische Staatsbürgerschaft ermöglichen. Zusammengefasst: Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz heizt Spannungen zwischen Hindus und Muslimen in Indien an, welche die Innere Sicherheit Indiens gefährden kann und zur gleichen Zeit auch eine Dimension der Äusseren Sicherheit hat, durch den Einfluss auf den Konflikt zwischen Indien und Pakistan.

Fazit

Verbunden mit dem Entzug der Autonomie des Bundesstaates Jammu und Kaschmir durch die indische Regierung ist die indische Sorge vor einem US-Truppenrückzug aus Afghanistan, weil Pakistan grossen Einfluss auf die Taliban hat. In diesem Zusammenhang muss verdeutlicht werden, dass pakistanische Terroristen in der Vergangenheit Afghanistan als Trainingslager für islamistische Terroristen nutzten, die es dann nach Indien schickte. Ein Afghanistan, das erneut von den Taliban regiert wird – und indirekt unter dem Einfluss Pakistans und seinem



Prof. Dr. Stefan Goertz
Professor für Sicherheitspolitik, Extremismus- und Terrorismusforschung
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck

Cyber Observer

Der Kalte Krieg war ein Krieg der Ideologien. Heute befinden wir uns in einem Konflikt der ideologischen Gegensätze, der erstaunliche Ähnlichkeiten aufzuweisen vermag.



Europa. Darum bemüht, die Rechtsordnung aufrecht zu erhalten. Die Grundrechte gelten als unantastbar. Bevor man sich mit einer neuen Technologie auseinandersetzt, steckt man den rechtlichen und ethischen Rahmen ab. Man will sich diesem unter keinen Umständen gefährliche nahe nähern.

China. Neue Technologien sind da. Und falls nicht, werden sie gebaut. Menschen sind ersetzbar und ihre Bedürfnisse vernachlässigbar. Das nationale Bestehen und die internationale Stärke stehen über allem. Rechtliche und ethische Rahmenbedingungen sind zweitrangig.

Diese diametral entgegengesetzten Anschauungen führen zu unterschiedlichen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen. Zurzeit macht es den Anschein, als würde die Kompromisslosigkeit Chinas den Rest der Welt hinter sich lassen. Neue Entwicklungen, gerade im Bereich Künstliche Intelligenz, kommen zu grossen Teilen aus China.

Vielleicht ist das europäische Modell aber zum Schluss doch der Gewinner. Der neue Mittelstand in China wird irgendwann seine Mündigkeit erlangen wollen. Der Wunsch nach europäischen Werten wird wachsen. Und irgendwann wird auch dafür eine Mehrheit der Bevölkerung das Thema Privatsphäre von zentraler Wichtigkeit sein.

In diesem Moment könnte es eine ideologische Wandlung, vielleicht gar einen Umsturz des chinesischen Systems geben. Europäische Firmen, die Privatsphäre grossgeschrieben haben, könnten einen ungeahnten Zulauf erfahren. Vielleicht sind sie am Schluss doch die Gewinner. Vielleicht werden sie aber auch nur einfach überrollt. Und zwar schon jetzt.

Marc Ruef
Head of Research, scip AG